

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 10.09.2018

Von Jörg Kronauer

12.09.2018

Neuer Favorit in Nahost

Nach Iran-Sanktionen und Streit mit Saudi-Arabien: Katar rückt ins Zentrum deutscher Profitinteressen



Sie schielt auf sein Flüssiggas: Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Katars Staatsoberhaupt Tamim bin Hamad Al Thani (Berlin, 7.9.2018)

Foto: Bernd von Jutrczenka/pool photo via AP

Das Emirat Katar will in den kommenden fünf Jahren rund zehn Milliarden Euro in Deutschland investieren und damit hier zum größten Investor unter den Ländern der Arabischen Halbinsel aufsteigen. Dies kündigte Emir Tamim bin Hamad Al Thani am

Freitag im Beisein von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) beim »Qatar Germany Business and Investment Forum« in Berlin an. Katar hat bereits 25 Milliarden Euro in deutsche Unternehmen gesteckt. Es hält zum Beispiel 14,6 Prozent an Volkswagen, 14,5 Prozent an Hapag-Lloyd, 6,1 Prozent an der Deutschen Bank, drei Prozent an Siemens und 29 Prozent an Solarworld. Jetzt nimmt es den Einstieg bei deutschen Mittelständlern in den Blick. Bisher hatte das Emirat Kuwait unter den Ländern der Arabischen Halbinsel die größten Investitionen in der Bundesrepublik getätigt. Es hält unter anderem 6,8 Prozent an Daimler.

Handel trotz Blockade

Zusätzlich zu den neuen Investitionen will Deutschland auch den Handel mit Katar ausweiten. Eine entsprechende Vereinbarung unterzeichneten der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und die Qatari Businessmen Association (QBA) am Rande des Forums in Berlin. Ein Ausbau des deutsch-katarischen Geschäfts liegt zur Zeit aus mehreren Gründen im Interesse beider Seiten. Doha ist nach wie vor der ökonomischen und politischen Totalblockade ausgesetzt, die Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate im Juni 2017 verhängten, um es zur Einstellung seiner Kontakte zu Iran sowie seiner außenpolitischen Kooperation mit der Muslimbruderschaft zu zwingen. Gestützt auf seinen immensen Reichtum, den es dem Export von Erdgas verdankt – es besitzt die drittgrößten Reserven der Welt –, hat es seine Wirtschaft im vergangenen Jahr konsolidieren können. Jetzt sucht das Emirat weitere Geschäftspartner neben der Türkei, mit der es – auch dank der Nähe des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan zur Muslimbruderschaft – ein strategisches Bündnis eingegangen ist. Mitte August ist Doha der kriselnden Türkei mit der Mitteilung zur Seite gesprungen, 15 Milliarden US-Dollar in dem Land investieren zu wollen.

Die Ankündigung, mit weiteren Milliardeninvestitionen auch die Bindung an die BRD zu stärken, kommt der Bundesregierung gerade recht. Deutsche Unternehmen haben sich bei ihren Exporten in die kaufkräftigen Golfstaaten bislang vor allem auf die Vereinigten Arabischen Emirate und – in geringerem Maß – auf Saudi-Arabien fokussiert. Der jüngste Konflikt mit Riad um die Iran-Politik sowie die Erkenntnis, dass es mit dem erhofften Aufschwung der Iran-Exporte wegen der US-Sanktionen nichts wird, treiben die deutsche Industrie auf die Suche nach neuen Absatzmärkten in Mittelost. Das steinreiche Katar, das 2017 Waren im Wert von nur knapp 2,2 Milliarden Euro in Deutschland kaufte – weniger als Serbien oder Chile –, gilt dabei als Favorit.

Flüssiggas

Hinzu kommt Katars wichtige Rolle als Exporteur von Flüssiggas (Liquefied Natural Gas, LNG). Das Emirat hat – auch bedingt durch seine geographische Lage, die wenig Spielraum für Pipelines lässt – seine LNG-Produktion seit den 1990er Jahren stark ausgebaut und ist rasch zum weltgrößten LNG-Exporteur aufgestiegen; 2016 hielt es einen Weltmarktanteil von 30 Prozent. Wenngleich es wohl bald von Australien auf den zweiten Rang verwiesen wird, wird es dennoch einen zentralen Platz in der Branche behalten. Damit ist es inzwischen auch für die Bundesrepublik interessant – aus zwei Gründen: Der erste hat etwas mit der Schifffahrt zu tun. Vor allem Container- und Kreuzfahrtschiffe müssen aufgrund internationaler Übereinkünfte ihren Schadstoffausstoß deutlich reduzieren. Dabei gilt die Treibstoffumstellung von Schweröl auf LNG als eine zentrale – wenngleich nicht unumstrittene – Option. Unternehmen im Hamburger Hafen sähen deshalb den Bau eines deutschen LNG-Terminals – bisher gibt es noch keins – gern. Pläne liegen vor, in denen weniger Wilhelmshaven, das vor Jahren im Gespräch war, sondern die Standorte Brunsbüttel und Stade, die näher an der Hansestadt liegen, bevorzugt werden.

Zugleich ist die Bundesrepublik mit dem Problem konfrontiert, dass die Niederlande, die zuletzt rund ein Drittel des deutschen Erdgasbedarfs deckten, mittelfristig als Lieferant ausfallen werden: Sie beenden die Ausbeutung in ihrem Hauptfördergebiet bei Groningen, weil es dort immer öfter zu Erdbeben kommt. Die Bundesregierung bemüht sich auf der Suche nach Ersatz um größere Pipelinelieferungen aus dem Kaspischen Becken. Ein zusätzlicher LNG-Anbieter käme ihr ebenfalls recht. Dabei favorisiert sie den Standort Brunsbüttel. Denn die Pläne für Stade werden von dem dort ansässigen US-Konzern Dow Chemical vorangetrieben, der seinerseits viel Geld im US-Fracking verdient und wohl US-LNG kaufen würde. Brunsbüttel hingegen wird von der deutsch-niederländischen German LNG Terminal GmbH geplant, die mit RWE und Uniper kooperiert. Beide sind bezüglich der Lieferanten flexibel. Aktuell wollen sie Flüssiggas aus Katar beziehen. Unklar ist nur noch, ob die Monarchie einen Anteil an dem geplanten Terminal in Brunsbüttel erwerben darf. Eine Gefahr für das deutsch-russische Pipelineprojekt »Nord Stream 2« wäre das Vorhaben wohl kaum: Zur Zeit ist von einer geplanten Kapazität von fünf Milliarden Kubikmeter pro Jahr die Rede. »Nord Stream 2« schafft elfmal soviel.